# Nicht als Gewinnerthema betrachtet

## Griechenland und das Dilemma der deutschen Gewerkschaften. Von Eva Völpel

In der zuletzt medial intensiv begleiteten Auseinandersetzung um die Konditionen für ein neues Kreditabkommen mit Griechenland ist es seitens der deutschen Gewerkschaften, abgesehen von der einen oder anderen öffentlichen Äußerung von DGB-Chef Reiner Hoffmann, seltsam still geblieben.

Noch im Januar waren fast alle Gewerkschaftsvorsitzenden des DGB mit dem Appell »Griechenland nach der Wahl. Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa« an die Öffentlichkeit gegangen (www.europa-neu-begruenden.de). Doch diesen Worten folgten wenig Taten. Weder wurde in den Gewerkschaftszentralen breiter über die Bedeutung des Wahlsiegs der griechischen Linksregierung für einen ökonomischen und sozialen Kurswechsel in Europa diskutiert, noch wurde die Debatte mit der Basis, den Gewerkschaftsmitgliedern, gesucht, geschweige denn auf der Straße für einen Kurswechsel mobilisiert.

Das ist erklärungsbedürftig, mangelt es doch nicht an richtigen Analysen in den DGB-Gewerkschaften. Seit Jahren kritisieren sie die fatale Krisenbearbeitungsstrategie, die in Europa seit Ausbruch der großen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise angewandt wird. Allein, der richtigen Analyse folgen keine praktischen Schritte: Das klare demokratische Votum der griechischen Bevölkerung Ende Januar wurde nicht als entscheidender Moment begriffen, die griechische Bevölkerung mit Nachdruck zu unterstützen, und damit im ureigenen Interesse Druck aufzubauen für den so bitter notwendigen Kurswechsel in Europa.

Dafür gibt es Gründe. Griechenland wird in den Gewerkschaften nicht als »Gewinnerthema« betrachtet. Zu mächtig wirken in der Öffentlichkeit und damit auch in den Gewerkschaften die seit Jahren von vielen Medien und Politikern geschürten Ressentiments gegenüber »den Griechen«. So wie es gelang, die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in eine Schuldenkrise der Staatshaushalte umzudeuten, so ist es

**Eva Völpel** arbeitet als Pressesprecherin auf ver.di-Bundesebene. Der Artikel gibt ihre persönliche Meinung wieder.

auch gelungen, das Denken entlang nationaler Spaltungslinien zu verstärken. In den letzten Wochen beteiligten sich dann auch führende Sozialdemokraten gezielt an der Diffamierung der griechischen Regierung und Medien auch jenseits der »Bild«-Zeitung lieferten ein grotesk verzerrtes Bild der griechischen Verhandlungsvorschläge.

Gerade jetzt müsste es den Gewerkschaften darum gehen, gegen diesen erdrückenden Mainstream zu arbeiten. Denn eines haben die letzten Wochen wie unter einem Brennglas gezeigt: das solidarische, friedliche und soziale Projekt Europa, das die Gewerkschaften hochhalten, wird gerade durch diejenigen infrage gestellt, die den gescheiterten Kurs der Austeritätspolitik unnachgiebig vorantreiben, allen voran die Bundesregierung. Dass der verzweifelte Versuch der griechischen Bevölkerung und Regierung, sich gegen die erdrückende Last einer fatalen Krisenpolitik zur Wehr zu setzen, so rigoros nieder gekämpft wurde, damit das Beispiel keine Schule macht, stellt für viele Menschen in Europa einen ernüchternden Wendepunkt dar.

**Es mangelt nicht an richtigen Analysen in den DGB-Gewerkschaften. Allein, es folgen keine praktischen Schritte.**

Dabei ist klar, dass mit dem erneut verordneten Austeritätskurs Griechenland auch in den nächsten Jahren nicht aus der Schuldenspirale herauskommen wird. Ein Grexit mit all seinen negativen Folgen über Griechenland hinaus ist also nicht vom Tisch. Noch dazu sind auch in anderen europäischen Ländern die sozialen Folgen der Krise längst nicht gelöst.

Gleichzeitig wollen etliche Regierungen die Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vorantreiben. Alle Erfahrungen zeigen, dass dies mit einer weiteren Verlagerung von Entscheidungsgewalten auf die Ebene der europäischen Exekutive und einem Abbau demokratischer und sozialer Rechte einhergeht. Da aber auch die sozialdemokratischen Parteien unbelehrbar den neoliberalen bzw. austeritätspolitischen Kurs verfolgen, der diese Krise erst hervorgebracht und verstärkt hat, entwickelt die europäische Idee für immer weniger Menschen Integrationskraft. Wird diese Politik fortgesetzt, ist die Tür unter anderem für weitere Spaltungen und ein Erstarken der extremen Rechten weit offen.

Angesichts dessen müssen die Gewerkschaften mehr tun für ein anderes Europa. Es gilt die Diskussion mit den Mitgliedern zu suchen, Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu stärken, um die herrschende Krisenpolitik, die Funktionsweisen und dominanten Interessen innerhalb der europäischen Institutionen sowie die gezielt geschürten nationalen Ressentiments und den ökonomischen Mainstreamdiskurs der Medien zu hinterfragen. Zudem müssten engere Kontakte zu den Akteuren in Europa geknüpft werden, die den austeritätspolitischen Kurs herausfordern. Nur so können zeitnah Informationen direkt ausgetauscht und offene Fragen beantwortet werden. Im Falle Griechenlands ist das leider von beiden Seiten aus zu wenig gelungen.

Das alles erfordert Mut zur kritischen Analyse, zu unangenehmen Einsichten und eine klarere Opposition gegen die derzeitige Politik – und nicht zuletzt Gewerkschaftsmitglieder, die ein stärkeres Engagement dieser Art von ihrer Spitze einfordern.